

Der Opfer gedenken. Geschichte nicht verfälschen!

Denkmale bergen die Gefahr, der historischen Klarheit und Wahrheit nur unzureichend zu entsprechen. Das in Arnstadt nun errichtete „Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewalt 1945 – 1989“ reiht sich in die lange Liste der politischen Instrumentalisierung von Gedenken ein.

Mit dem Denkmal wird nicht nur der Menschen erinnert, die in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR Opfer politisch motivierter Repression geworden sind. Mit dem Denkmal wird nicht nur den Menschen gedacht, die dem Stalinismus zum Opfer gefallen sind.

Die Erinnerung an Unfreiheit und Unterdrückung, das Gedenken an die Opfer stalinistischen Terrors wird für eine ahistorische Verklärung einer ganzen Weltanschauung missbraucht. Die Opfer werden missbraucht für eine politisch motivierte Abrechnung mit einer Weltanschauung, die aus der Suche nach einer gerechten, herrschaftsfreien Gesellschaft begründet wurde.

Gewalt, Unfreiheit und Unterdrückung sind nicht Wesensmerkmal des Kommunismus. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben 1848 im Kommunistischen Manifest: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Das stalinsche System setzte ein unmenschliches System aus Regeln und Normen in die Welt, das nicht das Geringste mit der Idee des Kommunismus von Marx und Engels zu tun hatte.

DIE LINKE wendet sich gegen die unsägliche Gleichsetzung einer Weltanschauung mit einem verbrecherischen System. Auch die SPD im Stadtrat der Stadt Arnstadt hielt anfänglich die mehrheitlich im Stadtrat gewählte Aufschrift für nicht geeignet.

Mit der zeitlichen Einschränkung 1945 bis 1989 wird zudem deutlich, dass es den InitiatorInnen dieses Denkmals nicht wirklich um die Opfer

stalinistischen Terrors geht. Denn bereits in den dreißiger Jahren errichtete Stalin ein verdammenswertes System politischer Verfolgung.

Es geht einerseits um die Aburteilung der DDR, die aber so wenig mit der kommunistischen Idee zu tun hatte, wie die CDU mit christlicher Nächstenliebe. Viele derjenigen, die das Denkmal mit dieser zeitlichen Eingrenzung im Stadtrat unterstützten, trugen in der DDR Verantwortung: in Betrieben, in öffentlichen Verwaltungen oder in den sogenannten Massenorganisationen. Und es ist richtig, dass sich Jede und Jeder nach seiner persönlichen Verantwortung für das Funktionieren eines Freiheit einschränkenden Systems kritisch befragen muss. Aber wohl kaum einer lasse sich - zurecht - unterstellen, er hätte einer Gewaltherrschaft gedient.

Und es geht andererseits darum, die Befreiung vom Nationalsozialismus als Beginn einer neuen Terrorherrschaft umzudeuten. Diese unsägliche Gleichsetzung, die Konstruktion einer vermeintlichen Kontinuität des Verbrechens relativiert die Einzigartigkeit des deutschen Faschismus, als das System, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Millionen von Menschen planmäßig industriell zu vernichten und die Welt in einen alles vernichtenden Krieg zu stürzen.

Mit der bewussten Wahl des Standortes vor der ehemaligen Kommandantur der Roten Armee, werden diejenigen, die die Hauptlast zur Befreiung der Welt vom Faschismus getragen haben, als Gewalttäter diskreditiert.

Für die Partei DIE LINKE. ist es unstrittig, dass es in der SBZ und in der DDR eine Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten gegeben hat. Daran zu erinnern und denjenigen zu gedenken, die Opfer eines Systems geworden sind, steht in unserer politischen Verantwortung als Partei, die sich aus der SED heraus entwickelt hat. Zur unserer gesellschaftlichen Verantwortung gehört auch, Geschichte sachlich und wahr zu beschreiben und aufzuarbeiten.

Der politisch motivierten Umschreibung von Geschichte und der Umdeutung einer Weltanschauung werden wir uns aber widersetzen.

V.i.S.d.P.: DIE LINKE im Stadtrat Arnstadt,
Zimmerstraße 6, 99310 Arnstadt

DIE LINKE.